

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Werkstatt für Eigenarbeit e.V.
FAIRstrickt

Per Mail: fairewoche@werkstadthaus.de

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.helgemeves.de
www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEV3333

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 17. Mai 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Hanna Smitmans,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu

mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

Wir fordern Sie auf, im Falle Ihrer Wahl ins EU Parlament dafür einzutreten, dass:

1.

die EU sich in den Vereinten Nationen für die Verwirklichung des geplanten Abkommens für Wirtschaft und Menschenrechte mit verbindlichen Regeln für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen (UN Binding Treaty) einsetzt.

Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der die Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern will und von den EU-Staaten bisher blockiert wird. Beschäftigte sollen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne auch an ihren Heimatstandorten klagen können. Die Zuständigkeit europäischer Gerichte wollen wir entsprechend erweitern! Wir unterstützen zivilgesellschaftliche und Menschenrechts-Tribunale, die Verantwortliche für Landraub und Ausbeutung offen legen. Die EU muss ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und sich aktiv für den Schutz von Menschenrechten weltweit einsetzen.

2.

*die EU eine Richtlinie für die Verantwortung von europäischen Unternehmen in ihren Lieferketten erarbeitet und beschließt, die gewährleistet, dass diese Unternehmen für die Einhaltung der Menschenrechte, der Arbeitnehmer*innen-Rechte, darunter insbesondere Gewerkschaftsfreiheit, existenz-sichernde Löhne, Sicherheit und Gesundheitsschutz an den Arbeitsplätzen und den Schutz der Umwelt in ihrer gesamten Lieferkette Sorge tragen, bei Verstößen strafrechtlich belangt werden und, dass Geschädigte aus Drittländern in der EU gegen die Verursacher gerichtlich vorgehen können.*

Wir treten für die Einführung von verbindlichen und einklagbaren Sorgfaltspflichten in den Bereichen Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Umweltschutz entlang der gesamten Lieferkette von Unternehmen ein und stimmen insofern Ihrer Forderung vollumfänglich zu. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen ein Unternehmensstrafrecht einführen, welches es Geschädigten ermöglicht, Klage gegen Unternehmen in Europa zu erheben, die in Drittländern gegen Sorgfaltspflichten verstoßen haben. DIE LINKE fordert seit Jahren die Einführung eines entsprechenden Sorgfaltspflichtengesetzes in Deutschland und ein damit verbundenes Unternehmensstrafrecht